

General-Anzeiger

Elberfeld
Haupt-Geschäftsstelle: Kaiserstraße 50.
und Redaktion

für Elberfeld-Barmen
(Allgemeine Zeitung für Berg und Mark)

Barmen
Haupt-Geschäftsstelle: Neuerweg 57.
und Redaktion

Verleger: Hermann W. Meyer, Elberfeld.
Druck: Hermann W. Meyer, Elberfeld.
Verbreitung: Hermann W. Meyer, Elberfeld.

Abonnementpreis: Ein halbes Jahr 4.50, ein Jahr 8.00, ein Vierteljahr 2.25, ein Monat 0.75.

Einzelhefte: 0.10.
Anzeigen: 0.10 pro Zeile.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Zu der letzten Kommissions-Sitzung haben die Mittelmächte den Russen noch einmal wesentliche Zugeständnisse gemacht — in der schriftlich fixierten Antwort wurde hinzugefügt, daß die Vorschläge den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen eine friedliche Verständigung noch zu erhoffen sei. In der Hauptsache erläuterten die Verbündeten ausdrücklich, daß sie nicht die Absicht haben, die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuberleiben. Für den Abschluß von Verträgen müßten sie allerdings freie Hand haben. Ferner gaben sie nochmals ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit sanktionieren soll. Eine Zurückziehung des Heeres ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich.

Wer die Richtlinien unserer Unterhändler nicht kennt, wird die Zugeständnisse für nicht unbedeutend halten. Man vergleiche den besonderen Artikel über Ostland in der heutigen Nummer. Wir müssen uns eben darauf verlassen, daß in den letzten Berliner Beratungen — auch die alldeutschen Politiker waren ja sehr befriedigt davon — Garantien dafür gefunden worden sind, daß auf dem Wege der freien Vereinbarung mit den Grenzländern das zu erreichen sein wird, was zur Sicherung unserer Grenzen brauchen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung suchte Herr Torgler einen Gegensatz zwischen deutscher politischer und militärischer Stellung zu konstruieren. In einer Rede gegen General Hoffmann behauptet er, daß die Volksgewalt ihre Macht mißbrauchen. Man braucht demgegenüber nur auf den soeben bekannt gewordenen Erlaß der Sowjets hinzuweisen, die diesen Mitglieder der Nationalversammlung abzuwählen, die die Interessen der Arbeiter und Bauern nicht vertrete.

Herr v. Kühlmann stellte schließlich die Verwickeltheit der Russen fest, in die Diskussion über die Einzelheiten der Streitpunkte einzutreten. In wenigen Tagen mußte sich zeigen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden konnten.

Die territorialen Fragen.

WTB. Brest-Litowsk, 15. Jan. (Dr. H. H.) Um 5 Uhr nachmittags hielt die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommissions-Sitzung zur Regelung der territorialen Fragen ihre vierte Sitzung ab.

Staatssekretär von Kühlmann

teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formellen Vorschläge der russischen Delegation in ihrer Gesamtheit in formuierter Form mündlich zu beantworten. Er mußte aber neuerlich darauf hinweisen, er halte die Art, daß die Delegierten gegenseitig mit formulierten Schriftstücken verhandelten, für außerordentlich zeitraubend und den Erfolg wenig fördernd. Wenn man wirklich zu einem friedlichen Abschluß gelangen wolle, so werde es sich in Zukunft empfehlen, das Material durchzusprechen und dann von jeder Seite je einen Herrn zur Mitwirkung der Redaktion zu beauftragen. Diese beiden Herren müßten als Redaktionskomitee zusammen verfahren, wobei sie eine gemeinsame Fassung suchen könnten, und, falls dies nicht möglich sei, im Einvernehmen miteinander die gegenseitigen Differenzpunkte festlegen und schriftlich fixieren.

Darauf gelangte die

materielle Antwort der Verbündeten zur Befriedigung, die folgenden Vorläufe hat:

Die der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation übermittelten Vorschläge der russischen Delegation betrafen die Entwicklung der Dinge in den von den Mittelmächten besetzten Gebieten Ostlands, welche herabgezogen von den Ansichten der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden mußten. Ohne jetzt weiter auf die äußere Form dieses Vorschlages eingehen zu wollen, kann doch nicht unberührt bleiben, daß sie nicht den Charakter des von den Mittelmächten angebotenen Kompromisses tragen, sondern sich vielmehr als einseitige russische Forderungen darstellen, die den Wunsch vermissen lassen, die gerechten Gründe der Gegenseite in Betrachtung zu ziehen. Trotzdem sind die österreichisch-ungarische und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formuliert, ihre Aufschauungen über die schwebenden Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und noch einen Versuch zu unternehmen, ob der von ihnen angebotene Kompromiss nicht auf Beseitigung der Differenzen führen kann. Über einen

Abendbericht der deutschen Heeresleitung.

WTB. Berlin, 16. Jan. (Dr. H. H.) Mündlich. Am Vorhange des Monte Verita schiederten gestern nachmittags mehrere Angriffe

der Italiener. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Anschlag auf Lenin.

WTB. Petersburg, 16. Jan. (Dr. H. H.) Als Lenin gestern eine Abkühlung der roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Auto zurückkehrte, wurden auf ihn mehrere Revolvergeschosse ohne Erfolg

abgefeuert. Die Kugel traf aber nicht ihn, sondern einen schweizerischen Sozialisten, der mit ihm im Wagen saß. Der Schweizer wurde leicht an der Hand verletzt.

Amerikas dauernder Militarismus.

GA. Paris, 16. Jan. (Dr. H. H.) Der „Herald“ schreibt aus New York: Bei den Beratungen im Repräsentantenhaus über die Kriegsziele des Wilsons erklärte Lansing, daß Amerika zum allgemeinen Schutz der kleinen europäischen Nationen (soll heißen: gegen Japan! Red.) auch nach dem Kriege ein das politische Gleichgewicht verbürgendes Heer

des Heer dauernd zu unterhalten haben werde. Deutschland dürfe nie wieder die alleinige militärische Oberhoheit der Welt besitzen. (Auf die allgemeinen Schiedsgerichte, für die Wilson angeblich kämpft, scheint er demnach nicht allzu viel zu geben! Red.)

Teil des von den Verbündeten besetzten Gebietes ist in Ziffer 1 des deutschen Entwurfs gekennzeichnet worden. Diese Materie ist durchgearbeitet, bezugnehmend auf die weiteren Erörterungen. Die Frage nach den jetzt von den Verbündeten besetzten Gebieten, die ein eigenes staatliches Leben besitzen, wäre rein zeitlich in vier Stadien zu gliedern: den Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und der der Beendigung der russischen Demobilisierung, den Zeitpunkt zwischen dem russischen allgemeinen Frieden, den Zeitpunkt des Übergangsabkommens für die neuen Länder und endlich das definitive Stadium, in dem die neuen Staaten die volle Gestaltung ihrer staatlichen Organisation durchzuführen. Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte, abweichend von dem, was für Rußland der Fall ist, mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland

freiheit und Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum Aufheben, d. h. unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges, einzutreten. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Bereich des früheren russischen Kaiserreiches gehören, keinerlei Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist es nicht ohne weiteres ersichtlich, worauf die russische Republik ihrerseits ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerung gründen will. Stellt man sich aber — wie die russische Delegation dies tut — auf den Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Recht besitzt, so sind in der Tat der Umfang des Territoriums, die politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, das Übergangsregime und die Form der Willensäußerung, die vier Punkte, über die verhandelt werden muß, Einigkeit zu erzielen.

keineswegs auch der allgemeine Frieden verbunden ist, daß sie vielmehr gestiegen sind, mit den anderen Gegnern den Krieg weiterzuführen. Gegenüber der russischen Regierung erläuterten die verbündeten Delegationen auch neue, daß sie der Ansicht sind, die verfassungsmäßig zuständigen

Organe in den neuen Staatsgebilden

vorläufig als vollkommen befugt anzusehen, den Willen weiter Kreise der Bevölkerung auszuüben.

Von großer Bedeutung für die Frage der

Entstehung der Staatspersönlichkeit

ist das Urteil des Obersten Gerichtshofes in Washington vom Jahre 1918, in dem ausgeführt worden ist, daß die souveräne Rechte der Vereinigten Staaten von Nordamerika als voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Erklärung ihrer Unabhängigkeit ab, d. h. dem 4. Juli 1776, ganz unabhängig von ihrer Anerkennung seitens Englands im Vertrag vom Jahre 1802 (Harris, Droit International, Code p. 160). Die verbündeten Delegationen nehmen Anstand, die Erklärung, daß die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Reich des früheren russischen Kaiserreiches keine Schlüsse zieht, die irgendwelche staatsrechtlichen Verpflichtungen dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet worden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Juremurens verstanden werden, ebenso davon, daß für die russische Regierung deswegen die

Grundfrage

der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, uns gegenüber in irgendwelcher Weise das weitere zeitliche Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der

Sicherung der Willensfreiheit

und Selbstbestimmung

der inneren Staatsanordnung und der internationalen Lage. In diesem Zusammenhang war die Frage anzuerkennen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableite, die Freiheit der Willens-

Zu 4. Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Eine gegenseitige Zustimmung auf ein Referendum erscheint unpraktisch. Auch ein Referendum auf breiter Grundlage würde nach Ansicht der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Bolschewiki anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie z. B. die Ukraine und Finnland, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählter Nationalversammlung erfolgten.

Von dem Wunsche befreit, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns diese weitgehenden Vorschläge gemacht, jenen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Sie waren bei der Entwicklung dieser Grundzüge ebenso von der Pflichtbewahrung durchdrungen, die eigene Verantwortlichkeit nicht schwächen zu lassen, solange der ungelöste Krieg noch fortdauert, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihr Gebiet grenzen, instand zu setzen, endlich und selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in den Julian der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierige Frage jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen, und wenn es, anstatt zu versuchen, einseitige Willkür aufzuführen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allen zu einem friedlichen Ergebnis führen kann. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konfliktes festhalten.

Darauf erging

Trotsky

das Wort und erklärte, er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Mittelmächte jedenfalls die Zweifel über die formellen Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltenen Rede des Generalen Hoffmann entstanden sei. Die russische Delegation sei der Ansicht, daß sie im vorliegenden Fall die Verhandlungen mit einer Partei führe, die verstorben werde durch die deutsche Regierung. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlungen aus dem alleinigen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemand formell widerlegt sei, werde die russische Delegation dies als formelle Erklärung an. Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Machtergreifung gründe und mit Waffengewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, die sie als Gegenrevolutionäre und Bourgeoisie stempeln, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht fuhe. In der ganzen Geschichte kenne man bisher keine anderen Regierungen. Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Klassen bestehe, solange werde sich die Macht einer Regierung auf Kraft gründen und durch Gewalt ihre Herrschaft erhalten. Er müsse aber auf das kategorische gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden für vogelfrei erkläre. Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Verhandlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch mache, und in der sie sich durch nichts beirren ließe. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung verfuhr, auf russischem Gebiet Gewalttätigkeiten gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgehalten, den rumänischen Besatzern, sein ganzes Gesellschaftspersonal und die rumänische Militärmacht zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Anschließend daran führte Trotsky folgendes aus: Was die beiden Beispiele anbetrifft, die General Hoffmann anführte, so charakterisierten diese in keiner Weise unsere Politik auf dem Gebiete der nationalen Frage. Er habe Erklärungen eingegeben über den wehrkräftigen Konflikt. Dieser Konflikt bestehe nicht zwischen den Vertretern der wehrkräftigen Agrarier, und habe bereits, sich eines bestimmten Standpunktes zu be-

mächtigen, welche Eigentümern des russischen Hofes sein müßten, und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so rührt dieser Widerstand von Seiten der, unter denen in gleicher Weise Großgrundbesitzer, Adeligen und Kleinrentenbesitzern waren. Die Konflikte zwischen uns und der Ukraine, die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, können in keiner Weise das Recht des ukrainischen Hofes auf Selbstbestimmung beeinträchtigen. Herr Trost hat hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Äußerungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob das eigene Volk bereits in ihnen sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Der Oberste Gerichtshof in Amerika habe seine Rechtsphilosophie sehr häufig geändert, je nachdem es nötig gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht.

Was die Form der Verhandlungen anbelangt, so halte die russische Delegation es für nötig, gerade diejenigen Punkte in den Vorberathungen zu stellen, die den Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten bilden, und sie mit genügender Entschiedenheit zu betonen, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne. Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gesagt, aus welcher Quelle die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren. Aber auch der Herr Staatssekretär habe sein Recht nicht aus der nächsten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus den Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, die er allerdings etwas repressiv interpretierte. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation.

Hierauf ergriff

Herr von Kühlmann

das Wort und erklärte u. a.: Was die Rede des Generalen Hoffmann betrifft, so möchte ich sowohl für mich wie für General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Die tatsächliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Vorsitzende vollkommen richtig charakterisiert. Der Reichskanzler, der einzig verantwortliche Reichsminister, verteilt auf dem Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Anweisungen. Abgesehen davon, daß die engen politischen Beziehungen, in der ich mich mit Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß jenen unseren Auffassungen keinerlei Zweifelspunkt besteht. Der grundsätzliche Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vordringen aufbauen und daß wir es ablehnen, aus reinen Nebenbetrachtungen gegen die Theorie für einen luftleeren Raum Platz zu schaffen. Aber auch hat mich die geringfügige Veränderung des Urteils des obersten amerikanischen Gerichtshofes durch Herrn Trost. Am übrigen nehme ich mit Befriedigung Notiz von den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden, daß er und seine Delegation nunmehr geschlossen ist, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Ich schlage vor, uns an die von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten über die vier Punkte, wie sie in der Antwort aufgenommen worden sind, um wirklich in die Detaildiskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sein werden, so sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können, oder ob der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Herr Trost erklärte hierauf, seines Erachtens könne jetzt mit der Beratung der beiden Antworten, die vorgelegt worden sind, angefangen werden. Er müße jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in seiner Weise der Ansicht der Deutschen beitreten könne, daß bezüglich der Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen werde. Soweit es sich um technische Schwierigkeiten handle, wie das Ziehen der eigenen Eisenbahnen, Post usw., so könne man in solchen Fragen stets zu einer Einigung gelangen und auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber weist Herr von Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit der betreffenden Gebieten eine sehr wichtige Rolle spielen. Darauf beantragt Herr von Kühlmann, über die von der russischen Delegation vorgeschlagenen vier Punkte in geschäftsmäßige Verhandlungen einzutreten.

Nachdem Trost sich diesem Vorschlage angeschlossen hat, wird die nächste Sitzung für den folgenden Tag, 11 Uhr vormittags, anberaumt.

Die Aussichten in Brest-Litowsk.

GA. Berlin, 16. Jan. (Eig. Draht.) Heute nachmittag fanden die üblichen Besprechungen der Führer der Reichstagsfraktionen der Deutschen im Reichstag statt, in denen nähere Mitteilungen über den Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk gemacht wurden. Wie wir hören, betrachtet man in parlamentarischen Kreisen die Aussichten für den weiteren Gang der Verhandlungen als günstig, da es verläutet, daß in Rußland sich starke Friedensströmungen bemerkbar machen und im übrigen die Vertreter der Ukraine auf eine Verschleppung der Verhandlungen drängen.

Die Verhandlungssprache.

GA. Berlin, 16. Jan. (Eig. Draht.) Bei der Fortsetzung der Verhandlungen über die Brest-Litowsk wird sich der nachdenkliche Leser gewiß schon die Frage vorgesetzt haben, wie sich denn nun die Vertreter der verschiedenen Völker, die dort gemeinsam am Konferenztisch sitzen, eigentlich gegenseitig verständlich machen. Früher fanden bekanntlich diplomatische Verhandlungen unter Benutzung der französischen Diplomatensprache statt. Davon will man aber in Brest-Litowsk nichts wissen, und den verschiedenen Sprachen nichts wissen, und wie bekannt, haben die Russen völlig mit den Praktiken der alten Geheimdiplomatie gebrochen. So erfolgen dann die Verhandlungen in der Sprache der einzelnen beteiligten Delegationen, und

jeder von ihnen, die Deutschen wie die Russen, die Litauern wie die Polacken, spricht seine eigene Muttersprache. Die Reden werden dann durch Dolmetscher überträgt und auf Wunsch der Russen stenographisch aufgenommen.

Die Beteiligung Bayerns.

GA. Berlin, 16. Jan. (Eig. Draht.) Die Teilnahme eines bayerischen Vertreters, des Grafen Hohenhausen, an den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk ist, wie wir hören, auf eine Abmachung zurückzuführen, die zwischen Preußen und Bayern bei der Gründung des Deutschen Reiches getroffen und in die Verfassung aufgenommen wurde und die besagt, daß Bayern bei den Friedensverhandlungen berechtigt ist, einen besonderen Vertreter zu entsenden. Jedoch ist es jetzt von Bedeutung, daß dieser bayerische Vertreter an die ihm vom Reichsfürsitz gegebenen Dispositionen gebunden ist.

Maximalistische Werbung in Nachbarländern.

GA. Paris, 16. Jan. (Eig. Draht.) Der „Matin“ meldet aus Stockholm: Die Maximalisten betreiben in den Nachbarländern große Propaganda. Wenn dieser den rumänischen Sozialisten Kowalski nach Petersburg, um eine Politbewegung gegen die rumänische Regierung und Donat zu hervorzuheben. Die maximalistischen Truppen bleiben im Lande und unterstützen die Sozialisten der äußersten Linken im Kampf gegen Kommer und Senat. Man erwartet in Belgien einen Revolutionsversuch. Der Bürgermeister von Stockholm, der Zimmerwalder Umsturz, ist auf Einladung Lenins nach Petersburg abgereist. In Norwegen bilden sich nach dem russischen Vorbild Arbeitervereine.

Friedensentwurf italienischer Sozialisten

GA. Rom, 16. Jan. (Eig. Draht.) Die offizielle sozialistische Kammergruppe und der Vorstand dieser Partei haben laut „Giornale d'Italia“ den Beschluß gefaßt, sofortige Einstellung der Kammern zu verlangen, die über einen von der ganzen Fraktion unterzeichneten Friedensentwurf beraten soll.

Die Entscheidung Kurlands

Die „Nationalistische Korrespondenz“ schreibt: Es ist bisher durch die Regierung viel zu wenig in der Richtung gegangen, das deutsche Volk darüber aufzuklären, in welcher unangenehmen Form sich Kurland und die anderen von uns besetzten Gebiete an der Ostsee gegen ihre Zugehörigkeit zu Rußland und für den Ausstieg aus Deutschland ausgesprochen haben. Man macht sich auch im deutschen Volk gar keine Vorstellung davon, wie die Bevölkerung der besetzten Gebiete selbst über diesen Punkt denkt, und wie völlig falsch und verhängnisvoll es wäre, dem Wunsche der Russen bei einer nochmaligen Abstimmung auch nur im geringsten Folge zu geben. Es wird unter diesen Umständen erwünscht sein, die Entscheidung kennen zu lernen, die uns in der nächsten Form von Herrn Silvio Prodrich, einen bekannten Deutschbalt aus Rumburg, über die Verhältnisse in Kurland zur Verfügung gestellt werden:

Der Landtag der kurländischen Ritter- und Landchaft, der die Vertretung des gesamten Grundbesitzes im Lande darstellt, hat nach russischem Staatsrecht das Recht der gesetzgebenden Initiative. Seit 1890 hat er sich vielfach an die russische Regierung gewandt mit Gesetzesvorschlägen, welche die Erweiterung des Landtages zur Vertretung der gesamten Bevölkerung herbeiführen sollte. Die russische Regierung hat das immer abgelehnt, um den Zusammenschluß der deutschen Oberschicht und des ländlichen Landvolkes zu verhindern, da die Zentralgewalt in Petersburg einlaßt, daß dann jede Russifizierung des Gebietes unmöglich wurde. Mitte September 1917 wandten sich nun die Vertreter der Ritterschaft an die Ober-Ost-Regierung mit der Bitte, den Landtag einzuberufen zu dürfen, um eine Landesversammlung auf der Grundlage eines von ihr einzuleitenden Wahlverfahrens zusammenzurufen zu lassen. Die Ober-Ost-Regierung hat das bewilligt, und der Landtag hat dann eine Vorladung angenommen, nach der ebenfalls Vertreter der kurländischen Bevölkerung zu dem Landtag eingeladen werden sollten, wie Vertreter des Großgrundbesitzes vorhanden waren. Ebenso sollten die Städte in dieser Landesversammlung vertreten sein, ferner Vertreter der Geistlichkeit, wodurch namentlich auch eine Vertretung der katholischen Geistlichkeit im Lande zustande kommen sollte. Es sind nun in allen Kreisen des Landes Versammlungen einberufen worden, die aus den Gemeindevorständen familiärer Gemeinden zusammengefaßt waren, wobei zu bemerken ist, daß die Gemeindevorstände nach der Gemeindeordnung Vertreter der gesamten Gemeinde sind, sowohl der bestehenden wie der beabsichtigten Einwohner. In diesen Versammlungen der Gemeindevorstände sind die Wahlen vollzogen worden. Es war ihnen ein Aufruf des bisherigen Landtages zugegangen, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß die deutsche Staatsbürgerregierung gestützt habe, was die russische Regierung im Laufe der letzten 25 Jahre immer wieder abgelehnt hatte: nämlich die Vertreter der gesamten Bevölkerung zum Landtag heranzuziehen. In der so gebildeten, aus einigen 20 Abgeordneten bestehenden Landesversammlung wurde nun einstimmig von den deutschen und ländlichen Vertretern eine Entschließung angenommen, welche besagt, daß sie vertrauensvoll die Geschichte Kurlands in die Hände des Deutschen Kaisers und seines kurländischen Reiches legen. Gleichzeitig wurde die Ober-Ost-Regierung gebeten, dieser Landesversammlung zu gestatten, aus ihrer Mitte einen Landestat zu wählen, welcher gemeinsam mit den Vertretern der Regierung die zukünftige Verfassung des Landes auszuarbeiten sollte. Die Ober-Ost-Regierung hat diesem Wunsch Rechnung getragen, und es erfolgte am nächsten Tage die Wahl dieses Landestates, die in der Form vor sich ging, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes ebenso wie die Vertreter der ländlichen Landesbevölkerung und die Vertreter der Städte aus ihrer Mitte die Kandidaten zum Landestat ernannten, worauf diese dann einstimmig gewählt wurden. Auch unter den Vertretern der

Städte sind Seiten sowohl in der Landesversammlung wie auch in den Landestat gewählt worden. Es ist nicht erforderlich, wie man nun diese vollkommen richtig zustande gekommene Entscheidung nicht als eine Äußerung der Bevölkerung Kurlands anzusehen kann. Auch die kurländische Bevölkerung wird durch geheime Agenten der maximalistischen Bewegung während der ganzen Zeit der deutschen Besetzung dauernd terrorisiert, und nur das Vertrauen auf den Schutz des Deutschen Reiches hat die ohne jede Beeinflussung in den Wahlversammlungen gewählten Vertreter der Bevölkerung veranlassen können, in der Landesversammlung so offen ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Denn die Bevölkerung ist vollkommen von den grünen und roten Propaganden unterrichtet, die sich fortgesetzt in den letzten zwei Monaten die auf den heutigen Tag in Livland und Estland abspielen und dort das ganze Land in eine Wüste verwandelt haben. Wenn nun eine zweite Abstimmung deutscherseits der Vertreter der Maximalisten zugestimmt würde, womöglich auch noch eine Zurückziehung der Truppen aus Kurland, so könnte nicht verhindert werden, daß die russische Hand des Teils der einheimischen Bevölkerung, der 1915 bei dem deutschen Einmarsch zusammen mit den Russen geflüchtet ist und gemeinsam mit den russischen Truppen jetzt in Livland und Estland haust, in seine Heimat nach Kurland zurückkehren und dort denselben Schrecken verbreiten würde wie nördlich der Dina. Statt der deutschen Besatzungstruppen würden wir den maximalistischen Terroristen in Kurland haben, und es ist ganz ausgeschlossen, daß unter solchen Umständen die Bevölkerung überhaupt noch einmal zur Wahl schreiten würde, nachdem sie zu der Einsicht gekommen wäre, daß sie keinen Schutz von Deutschland zu erwarten hat, und daß die Maximalisten in Brest-Litowsk sich als mächtiger erwiesen als die Vertreter des kurländischen Reiches. Wir haben es mit einer ländlichen Bevölkerung zu tun, die misstrauisch und ängstlich ist. Und das Verstehe des Deutschen Reiches wäre unter den vorstehend geschilderten Umständen nicht bei ihr allein, sondern überhaupt im Osten auf schwerste gekündigt. (Die hier geschilderten Gefahren werden allerdings durch die Anwesenheit deutscher Truppen — von einer Zurückziehung ist ja keine Rede — zum Teil aufgehoben. Auch ist daran zu erinnern, daß die kurländischen Selbsthilfe Verbände und die plündernden Russen aus dem Lande gejagt haben. Es ist nicht anzunehmen, daß sie sich ihnen nachträglich an den Hals werfen würden. Bedenklich bleibt eine zweite Abstimmung freilich immer. Red.)

Eine Kriegskundgebung in Kurland.

Nach einer Neuermeldung vom 11. Januar sollte kürzlich ein Aufruf zum heiligen revolutionären Krieg gegen das russische, deutsche, englische und französische Völkergewalt erlassen haben. In der deutschen Presse ist daran die Frage geknüpft worden, ob diese Kundgebung eine der häufigen Neuerrückbildungen sei. Dazu ist zu sagen, daß die höchsten russischen Regierungskreise seit Ende Dezember detaillierte Kundgebungen zur Vorbereitung des Kampfes hausweise herausgegeben, während sie vom Frieden so wenig wie möglich sprachen, mag das nun sein, um ihre Stellung bei den Friedensverhandlungen zu verbessern oder, weil sie wirklich nicht gewillt sind, irgendeinen der praktisch möglichen Verständigungswege einzuschlagen.

Die von Reuters angelegene Kundgebung Ardeniens ist von der P. T. M. am 10. Januar in folgender Weise gemeldet worden:

Als Antwort auf die deutsche Erklärung über die Friedensbedingungen hat der Oberkommandierende Ardeniens einen an die Soldaten und Arbeiter gerichteten Aufruf erlassen, worin er erklärt, daß der Friede in Gefahr sei.

Die Deutschen, heißt es darin, sprechen vollständig positiv von Anzügen und Operationen mit einem Separatfrieden mit England und haben sich dabei so gar an die ukrainische Wache.

Es sind Bedingungen, die uns zu Opfern der deutschen Bourgeoisie machen könnten. Die russische Republik und der Rat der Volkskommissare sind an allen Ecken und Enden umgeben. Amerikanische und französische Flottenkreuzer haben in der Ostsee ihre Flaggen gehisst. Die deutsche Bourgeoisie muß inständig, sich zu seinen Verbündeten zu machen, um die russische Revolution zu verhindern.

Diese Bedingungen lassen für Rußlands Arbeiter und Bauern die Frage neu entstehen, welche sich auf die Verwirklichung aller Erfolge der Revolution und auf den Krieg mit ihren Feinden beziehen, auf den heiligen Krieg gegen das russische Bürgergewalt, gegen das Völkergewalt Deutschlands, Englands und Frankreichs. Es ist klar, daß wenn die Bourgeoisie siegt, sie keine Rücksicht mehr auf uns nehmen wird. Denn sie die ihren Händen entfallende Macht wieder erlangt, wird sie die ganze Welt mit Blut überflutet. Schrecknisse und Warten werden die Antwort sein, eine Antwort, die von den Toten der Jahre vorstehenden Kriegen in den Schätzen stehen wird, denn das muß die Antwort der kurländischen Völker sein. Die Bourgeoisie, die sich am Volke rächt.

Wiederum muß sich der heilige Krieg der Revolution an der Front wie hinter der Front als eine furchtbare, unvermeidliche Notwendigkeit erheben. Unter allen Umständen gilt es, eine gut bewaffnete Macht zum Widerstand zu organisieren. Das heißt nicht, daß das Volk in der Lage ist, das alte Volk zu nichte zu machen, die gesamte Arbeit zu leisten. Es muß ein neues Volk geschaffen werden, ein Volk des Volkes, dessen Grundlage die rote Garde der Arbeiter ist. Alle die, denen die Freiheit liegt, fordern sie auf, zur Verwirklichung eines solchen Zweckes beizutragen. Im Lande und an den Fronten muß eine revolutionäre Volksgarde organisiert werden. Die materiellen Fragen dieser Garde sollten beachtet werden, und es muß in der Garde revolutionäre Disziplin herrschen.

Rumänien. Die Rumänische Regierung Italiens, Spaniens, Frankreichs, Serbiens und der Schweiz auf auch, indem sie einen Aufruf gegen die Bourgeoisie erlassen: ihre Regimenter werden nicht gegen das revolutionäre Völkergewalt kämpfen. Weiter auch zu den Reihen der Volksgarde, das heißt eine neue Macht für die Revolution und den Sozialismus!

Der Rat der Volkskommissare hat dem Volke bereits den Boden gegeben und Befehl erteilt, die Waffen aus den Schatzkammern zu überführen. Jetzt ist es an der Zeit, daß auch die Arbeiter und Bauern in der Hand des Volkes übergeben. Um so härterer Grund ist gegeben, das braunene Volk zu verurteilen.

Jetzt, welche die verhängende Kraft im revolutionären Völkergewalt und bei den armen Bauern steht, so steht die rumänische Regierung, bei den Garben einzuheben.

Klagen die sich fernhalten, die sich nicht des Rechts der gewählten Stadt anmaßen. Wir brauchen ein Recht von heiligen Kampfen. Ich fordere alle auf, die großen Zusammenkünfte zu machen. Ukrainische Kameraden und Brüder, ich glaube nicht, daß wir eine Forderung auf Vertreibung der Freiheit zurücknehmen werden. Ich bin davon überzeugt, daß für Seite an Seite mit uns und mit den russischen Arbeitern und Bauern in den Reihen der Kämpfer stehen werden.

Jetzt, in dessen Hand ein revolutionäres Deutschland, muß sich einreiben lassen. Die Kameraden an der Front werden dadurch Verführung erhalten, und seine bürgerliche Macht wird um am Leben bringen. Die sozialistische Bewegung, die die Seite der sozialistischen Regierung und die Seite des Sozialismus umtreibt, kann nicht besiegt werden.

Soweit die P. T. M. Das nächste Urteil wird den Aufruf zur Stärkung der roten Garde wohl überlegen als ein Mittel des innerpolitischen Kampfes annehmen müssen. Denn der Gedanke, mit diesem Angebot an der Front erfolgreich auftreten zu können, ist doch wohl gar zu abenteuerlich.

Lokales.

Elberfeld, 17. Januar.

Städtische Lebensmittelversorgung. Wir verweisen auf die Bekanntmachung in der vorliegenden Nummer.

Das Lebensmittelamt hat im Interesse der Vereinfachung und Vereinfachung der Abfertigung in den Rationierten des Lebensmittelamtes eine Neueinrichtung getroffen, die in den Kreisen der Bevölkerung zweifellos mit großer Befriedigung begrüßt werden wird. Es werden im Laufe der Zeit an Stelle der bisher im Rathaus befindlichen Rationstische mehrere in den verschiedenen Stadtteilen errichtet. Die Maßnahme dient dazu, den überaus großen Verkehr am Rathaus abzulassen und den Haushaltungen den vielfach weiten Weg zum Rathaus bei notwendig werdenden Veränderungen der Lebensmittelkarten zu ersparen. Ein weiterer Vorteil der Neueinrichtung ist darin zu erblicken, daß künftig etwa ankommende Unmengen sofort an Ort und Stelle aufgestellt und besetzt werden lassen, wozu bisher immer ein besonderer Weg zum Rathaus notwendig war. Da für die Einrichtung aller Stellen — es kommen deren etwa 20 in Frage — naturgemäß umfangreiche Vorarbeiten erforderlich sind, kann die Errichtung der Bezirksstellenstellen erst nach und nach erfolgen. Die ersten Stellen werden am Montag, 21. d. M., eröffnet, und zwar für die Bezirksstellen 83 bis 87 die Bezirksstellenstellen Sonnborn in der Birkhoffstraße (alter Rathaus), für die Bezirksstellen 127 und 128 die Bezirksstellenstellen Hahnberg in der Schule am Hahnberg. Die Haushaltungen dieser Bezirke haben vom 21. d. M. ab sich in allen Angelegenheiten, die sich auf Lebensmittelkarten beziehen, an die vordere Bezirke stellen zu wenden. Alles Weitere ist auf der Bekanntmachung in der heutigen Ausgabe ersichtlich. (Man fragt sich allerdings, warum die Bezeichnung dieser Lebensmittel, auf die schon in der Presse hingewiesen wurde, nicht schon längst erfolgt ist. Die Unklarheiten der Rationierungswahl wie die Ausgabe der Rationierungsmittel sind mehr zusammenzufassen, damit dem Publikum weitere Zeit erspart wird. Red.)

Der Stadtparlamentarische Ausschuss hält am Freitagabend 8 Uhr in der Gesellschafts-Veranstaltung ab, wiederum auch Rationierung, sind in dieser Versammlung willkommen. Die Tagesordnung ist auf dem Angelegten ersichtlich.

Barmen, 17. Januar.

Rationierung der Stadt Barmen. Für die Zeit vom 26. Januar bis 1. März bleiben die Rationierten in der bisherigen Weise bestehen. Die Bezugsberechtigten haben das Rationierungsbuch in der Zeit vom 18. bis 21. d. M. dem sie besitzenden Händler vorzulegen. Hierauf ist auf der Bekanntmachung in der heutigen Nummer ersichtlich.

Unfall. In der Nacht zum Mittwoch geriet ein Arbeiter in der Kaserne eines Arbeiters mit einem Arm in die Kammer eines Arbeiters. Da sein Arbeiter nicht allein beiseite konnte, alarmierte er die Feuerwehr, die Hilfe brachte und den Verunglückten aus seiner Lage befreite.

Wagel mit Lebensmittelkarten. Wiederum gelangten zwei hiesige Gefrauen zur Anzeige, weil sie auf Grund ihrer hiesigen Karten Brot und Lebensmittel bezogen haben.

Lezte Telegramme.

Der Wiener amtliche Bericht.

WTB. Wien, 16. Jan. (Draht.) Amtlich wird verlautet: Auf der Hochfläche von Asiago wurde ein feindlicher Borkhof westlich vom Col del Rosso abgewiesen. An der Brenna jedoch der Italiener seine vergeblichen Angriffe erst in den Nachmittagsstunden fort. Am Westhang des Monte Perica kämpfte der Gegner dreimal gegen unsere Artillerie. Jedesmal brach sein Ansturm bereits unter schweren Verlusten zusammen. Südlich des Monte Montana Secca wurden feindliche Angriffsversuche im Reime erstickt. An der unteren Glava erfolgten heftige Artilleriekämpfe. Der Chef des Generalstabes.

Höhere Löhne für die Poilais.

GA. Zürich, 16. Jan. (Eig. Draht.) Die Dadas aus Paris melden, daß das Ministerium eine Vorlage eingebracht auf Erhöhung der Löhne von 1 auf 3 Franken täglich.

Pour le mérite.

AB. Berlin, 16. Jan. (Draht.) Der „Reichsanzeiger“ meldet: Dem Obersten von Laffen und von Seld und dem Oberleutnant von Sudow wurde der Orden Pour le mérite verliehen.

Handels-Nachrichten.

Die Waren-Abrechnung. Der Reichsanzeiger meldet: In Baden verurteilt für das Geschäftsjahr 1917 ein Delinquent von 600 Mark für die Abgabe (wie im Sozialgesetz). Die Baden-Rückführungs-Gesellschaft in Baden-Kärnten für 1917 werden 100 Mark Delinquent für die Abgabe.

Donnerstag

Stadt. Leber

Donnerstag

Wie mit a die nach der Zeit aus den

L. S.

A. Regelm

1. Großf

2. Auf (W)

3. Rind

4. Rind

5. Rind

6. Rind

7. Rind

8. Rind

9. Rind

10. Rind

11. Rind

12. Rind

13. Rind

14. Rind

15. Rind

16. Rind

17. Rind

18. Rind

19. Rind

20. Rind

21. Rind

22. Rind

23. Rind

24. Rind

25. Rind

26. Rind

27. Rind

28. Rind

29. Rind

30. Rind

31. Rind

32. Rind

33. Rind

34. Rind

35. Rind

36. Rind

37. Rind

38. Rind

39. Rind

40. Rind

41. Rind

42. Rind

43. Rind

44. Rind

45. Rind

46. Rind

47. Rind

48. Rind

49. Rind

50. Rind

51. Rind

52. Rind

53. Rind

WITB.
Herberich
heute
plan f

rechnen ergibt
noch fort
1916 betra
stetert
veran
§ 3 dieses
kommunite
aus Dedukt
und der
den. Ch
Ausgaben
halten. I
haus der
Krieges
gen für
vorgefch
erlegt we
haben
Anlage des
gemein
Öfter
eine Abre
wird. Tr

permenbar
 der De
 lagekapital
 Rur dabu
 zweigen, i
 den und
 ges entspro
 gen erwa
 den Rinde
 chen. Imma
 die Einnah
 wegen ist e
 liche Einn
 gen Gefes
 des Gefes
 auf Ergä
 Reshtraga
 stellt werde
 Bei den
 Betriebsfo

[illegible]

30-36
Galtin.
Rar.
+
zu
Bohe
Gib.
Bort u
Bort
G. F.
rath.
die das
derbe
H. sei
geben
wird
nennen
nubali

derlor
 egeben
 4
 t
 l. G
 ung
 Unter
 Etage.
 Bild
 Bege
 foren
 ffort
 1884
 ung
 foren.
 zum
 fahrt

Zie

37546
 1. Offenbach
 Nach Auf
 2. Weiden
 Die bühnli
 Zeit, der
 3. Der Me
 Das Hatz
 2 Teile 2
 Verlag E

Wir bringen Glas, Steingut, Haushalt und Porzellan im gesamten 3. Stock unseres Hauses

Viele vorteilhafte
Artikel sind sehr
preiswert ausgelegt.

zu billigen Preisen.

Beachten Sie bitte
unsere 9 Fenster
an der Kaiserstraße.

Leonhard Tietz & Co. Elberfeld

Stadttheater Elberfeld
Donnerstag, 17. Jan. 1918. 7. u. 8. Uhr. **Die Wildente.**
Freitag, 18. Jan. 1918. 7. u. 8. Uhr. **Die Wildente.**
Samstag, 19. Jan. 1918. 7. u. 8. Uhr. **Die Wildente.**
Sonntag, 20. Jan. 1918. 7. u. 8. Uhr. **Die Wildente.**

Stadttheater Elberfeld
Dienstag, den 22. Jan. 1918, abends 7 1/2 Uhr.
Lieder- u. Duett-Abend.
Kammersängerin **Ottile Metzger**,
Hamburg-Bayreuth.
Kammersänger **Theodor Lattermann**,
Lorenz Hofmann, Frankfurt, am Main.
Lieder von Schubert, Brahms, Wolf, Fauré.
Duette von Flock, Dvorák.
Karten im Vorverkauf: 2.00, 1.00, 0.50. Steuer
nicht zu haben. Kunst- u. Musik-HdG. Baedeker
Herausg., Leonhard Tietz, Elberfeld, Krüger &
Oberbeck, Verkehrsverein. 15822

Deutsche Vaterlandspartei. Ortsgruppe Elberfeld.
Vaterländische Kundgebung 15845
am Sonntag, den 19. Januar 1918, abends 8 1/2 Uhr, im
großen Saale des Vereinshauses, Elberfeld, Kaiserstraße 1.
Redner: Herr Sozialrat Herr Oberstleutnant Alfred Roth-Quiburg
über: „Wer ist der Sieger?“
Alle Vaterlandspartei-Mitglieder, Männer u. Frauen, haben Zutritt
Der Eintritt ist frei.
Beitrittsbeiträge nehmen entgegen: Borsigische Bank, Borsigische
Märkische Bank, Elberfelder Bankverein, von der Stadt,
Gerson & Söhne, J. Wichelhaus P. Sohn, die Geschäftsführer
der Borsigischen Zeitungs- und der Westdeutschen Kund-
gebung und der Verkehrsvereine. — Beisitzende sind zu erhalten
bei den Herren Rechtsanwalt Dr. Karl Meisinger, Otto Wall u.
Schönemannstraße, und Friedrich Wiegand, Humboldtstr. 57.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Habe in meinem Lokal Elberfeld, Alten-
markt 5, früher Krokodil, nach voll-
ständiger Renovierung eine Likör-
und Weinstube unter dem Namen
„Winzerstube“
eröffnet. Allen meinen Bekannten und
Freunden halte mich bestens empfohlen.
Ergebenst
Hugo Meyer.
Tägl. ab 6 Uhr abends: KONZERT.

Wuppertaler Tischler-Verein,
Elberfeld-Barmen. Eingetragener Verein.
Einladung zur Hauptversammlung
am Freitag den 18. Januar 1918, abends 8 1/2 Uhr, in
Elberfeld, „Gasthaus Elberfeld“, Kaiserstraße Nr. 14.
Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Tätigkeit des Hauptvereins und
der Zweigvereine.
2. Rechnungsbericht.
3. Wahl des Aufsichtsrats u. zweier Rechnungsprüfer.
4. Beschlüsse und Wünsche aus der Versammlung.
Alle Freunde und Freundinnen der Tischlergilde sind
herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Groß-Elberfeld
Kleines Theater
Heute und täglich
abends 7 1/2 Uhr: 15820
Spezialitäten-Vorstellung.
Vollst. neuer Spielplan
2 Maximilians 2
Handvolgt. u. Percheval.
Gerty Paris
mit ihrem Wunderhand
„Peterson“.
2 Jungles 2
Phänom.-Handspring-Akt
und weitere Kunststücke.
Eintrittspreis einschl.
Garderobe u. Steuer 50 Pf.

Thalia-Diele
Nachmittags ab 3 Uhr:
**Vornehmes Kaffee-
und Teegedeck.**
Erstkl. Künstlerkonzert.
Nachm. ab 4 Uhr: **Beste
Verträge erstkl. Künstler.**
Abends 8 Uhr:
Weinhaus,
Simplizissimus
Ab 7 1/2 Uhr abends:
Die neuen Kunststücke.
Thalia-Bar
Ab 6 Uhr abends: **Konzert
der Ungar-Kapelle.**

Im Salamander.
Theo Prang
(Tänzer). 1464
Täglich 8 Uhr
nur inkl. Donnerstag:
Amanda Knaster.

Augenarzt
Dr. Fruchte
Barmen, Berthelstraße 37.
Sprechstunden 10-1 Uhr
und 3-5 Uhr. 15820

**Salmiakpastillen,
Kolatabletten,
Cachou,
Mundperlen etc.**
wieder vorrätig zu Tages-
preisen. Preisliste frei. 15821
Ernst & Witt, Hamburg 20 ab.

Deutsche Vaterlandspartei
Ortsgruppe Barmen. 15873a
Samstag den 19. Januar 1918, abends 8 Uhr, im
großen Saale des evangel. Vereinshauses, Barmen:
Vortrag des Herrn Generalsekretär Geisler, Berlin:
„Russland und wir.“
Ansprache des Herrn Rektor Adams, Barmen.
Wir laden unsere Mitglieder und Freunde ein.
Eintritt frei! vollzählig zu erscheinen. Eintritt frei!
Der Ausschuss der Ortsgruppe Barmen.

Das Ereignis der Saison!

Elberfeld Herzogstr.

Die Königstochter von Travankore.

In der Hauptrolle:
Hilga Beck,
Wien.
Demächst.

Elberfeld - Stadthalle.
Freitag den 18. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Hauptprobe
Odysseus von Max Bruch,
unter Mitwirkung sämtlicher Solisten.
Karten zu Mk. 1.50 bei **H. Hartmann**, Kaiserstr. 38, im
Verkehrsverein, Hofstr. 80, und abends an der Kasse.

Preiswerte
2-Zimmer-Einrichtung
kompl. gestr. Schlafzimmer, 150 cm br.,
Küche, komplett, Carolina-pine,
für **1625 Mk.**
Bachmann & Co.,
Barmen, Karlstraße.

Thalia-Theater
Nur noch bis einschl.
Sonntag den 20. Januar,
täglich abends 7 1/2 Uhr:
Die Puppe.
Montag den 21. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Volksvorstellung!
Das Musikantenmädchen.
Pr. 1.10, 1.00, 0.80, 0.60.
Dienstag den 22. Januar:
Erstaufführung!
Das silberne Mädchen.
Operette von Reinhard.

Wer hohe Leistungen
in der Stenographie er-
reichen will, erlerne 1515
National-Stenographie
Urrenbergers
Sterbefälle.
Sonntag den 20. Januar 1918,
nachmittags von 3-5 Uhr:
Auflage
und Aufnahme neuer
Mitglieder.
Abends 6 1/2 Uhr:
Ordentliche
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Jahres- u. Kassensbericht.
2. Bericht der Revisionsprüfer.
3. Vorstandswahl.
4. Wahl der Revisionsprüfer
für 1918.
5. Beschlußfassung hinsichtlich
der Entscheidung des Hrn.
Regierungspräsidenten be-
treffend § 6 u. 7 der Stat.
6. Bericht des Hrn.
Um zahlreiches Erscheinen
erhielt:
Der Vorstand.

Bräutigam 34
bei 100 und 32 Bg.
Zwischen-Beisein
60 Bg., Vert. von 25 ct.
in. Gr. 2. Sp. 2. Dichte.
Zwischen 20 Bg., 11. Ab-
gabe 1. Vert. von 25 ct.
u. 9. Sp. 2. Dichte.
11. Ab-
gabe 1. Vert. von 25 ct.
u. 9. Sp. 2. Dichte.
11. Ab-
gabe 1. Vert. von 25 ct.
u. 9. Sp. 2. Dichte.

Dr. Fruchte
Barmen, Berthelstraße 37.
Sprechstunden 10-1 Uhr
und 3-5 Uhr. 15820

Preiswerte
2-Zimmer-Einrichtung
kompl. gestr. Schlafzimmer, 150 cm br.,
Küche, komplett, Carolina-pine,
für **1625 Mk.**
Bachmann & Co.,
Barmen, Karlstraße.

Die Faust des Riesen I. Teil.

Familien-Tragedie in 4 Akten
nach dem bekannten Roman von
Rud. Strauß.

Maria Carmi in
Die Memoiren der Tragödin Tamar

Lebensgeschichte einer Künstlerin in
4 Kapiteln. Dieses harmonisch ge-
fügte, elegante Spiel so leiden-
schaftlich zu verkörpern, ist eben
nur einer Maria Carmi beschieden.

Familie Nabelmann.
Reizendes Lustspiel in 3 Akten.
Vom Kgl. Bild- und Film-Amt.
Von Udine zum Tagliamento
12. Isonzo-Schlacht.
Aktuelle Bilder. 1512b

Distelbecker Frauenverein
Bekanntmachung.
Sonst ab finden die **Auflagen** alle 4 Wochen statt.
Die nächste Auflage ist am Sonntag dem 3. Februar 1918,
nachmittags von 2 bis 4 Uhr.
Der Vorstand.

Scala
-Theater 1309
Elberfeld Kipdorf.
Nur noch heute und morgen:
Harry Piel,
genannt der Dynamit-Regisseur,
der Meister der Ueberraschungen.
Persönliches
:: Auftreten ::
in seinem neuesten Filmsketch:
Die Todesfahrt im Auto,
welche Herr Piel persönlich ausführt.